

Unvereinbare Gegensätze

Olpe Fronten zwischen ZUE-Befürwortern und -Gegnern verhärtet / Aydin: Dritten Weg wagen

Mehr als ein Gegenüberstellen von Positionen brachte das Forum diesmal nicht.

win ■ Kürzer als von vielen erwartet ging am Dienstagabend das dritte „Forum Integration“ vorüber, zu dem die Stadt Olpe in den Großen Saal des Lorenz-Jaeger-Hauses eingeladen hatte. Moderator Jochen Voß hatte offenbar den Nerv der Anwesenden getroffen, als er fragte, ob – wie eigentlich vorgesehen – über die verschiedenen Schwerpunkte der Integrationsarbeit in Olpe gesprochen werden solle oder ob einzig und allein die von der Verwaltung vorgelegte Beschlussvorlage für die Ratssitzung in der nächsten Woche auf die Tagesordnung gehöre. Letzteres stieß auf breite Zustimmung. In dieser Beschlussvorlage empfiehlt die Stadtverwaltung den Ratsmitgliedern, eine Umwidmung der derzeitigen Notunterkunft in der ehemaligen Familienferienstätte „Regenbogenland“ zu einer regulären Zentralen Unterbringungseinrichtung des Landes (ZUE) zuzustimmen.

Moderator Voß machte deutlich, er lasse keine Vorwegnahme der politischen Diskussion zu, die gehöre in den Rat. Daher beschränkten sich die Wortmeldungen auf Fragen – die aber jede Menge Brisanz bargen.

Dass die CDU im Rat keineswegs so geschlossen hinter einer Verwaltungsvorlage steht, wie dies in der Vergangenheit oft war, machte die Wortmeldung von Ratsherr Lothar Epe (CDU) deutlich, der auch Vorsitzender des Kreis-Caritasverbands ist. Er sprach sich klipp und klar gegen die ZUE und für eine kommunale Unterbringung der Flüchtlinge aus, vor allem, weil der Betrieb der Notunterkunft bisher mit maximal 185 Personen keine Ahnung von dem gebe, was im Vollbetrieb mit möglichen 400 Bewohnern zu erwarten sei.

Für Murren vor allem bei den Anliegern des „Regenbogenlandes“ sorgte ein Redebeitrag von Stefan Förster, neu von der Bezirksregierung als verantwortlich für die Notunterkunft eingesetzt. Er berichtete, zuvor in Bad Salzuflen tätig gewesen zu sein. Doch die dortige Unterkunft sei nach Absprache mit der dortigen Stadtverwaltung rechtzeitig zum Sommer geschlossen worden, weil sie mitten im Kurgebiet liege und im Sommer der Kurbetrieb nicht beeinträchtigt werden solle. „Wir sind ja nur ein Erholungsgebiet, das zählt wohl weniger“, entfuhr es einem Anwohner.

Auch die Grünen sind uneins. Während Ratsherr Christian Hohn durch seine Fragen deutlich machte, einer ZUE kritisch gegenüberzustehen, signalisierte Fraktionssprecher Kai Bitzer, dass er dafür ist. Reiner Löcker, Anwohner und Vorstand der Bürgerinitiative „Humanitäre Flüchtlingspolitik in Olpe“, erklärte, er halte die von der Verwaltung für die Berechnung genutzten Zahlen für unseriös; niemand wisse auch nur annähernd, welche Flüchtlingszahlen zu erwarten seien, insofern sei es nicht angemessen, irgendwelche Zahlen vorzugeben und mit ihnen zu rechnen. Regine Hose, ebenfalls BI-Mitglied und direkte Nachbarin, ergänzte Löckers Redebeitrag: Es stehe doch kurzfristig zu erwarten, dass angesichts der katastrophalen Finanzierungssituation für die Kommunen sich etwas Grundlegendes an der Aufteilung der Kosten ändern werde. Warum die Stadt jetzt, kurzfristig, den Knoten durchhauen müsse, anstatt abzuwarten. Bürgermeister Müller entgegnete, es sei höchste Zeit, „klare Verhältnisse zu schaffen“, zudem sei er, was Land und Bund angehe, skeptisch, dass dort etwas für die Kommunen Vorteilhaftes entschieden werde.

Noch einmal ergriff Lothar Epe das Wort. Er griff das städtische Konzept an: Anders als dort formuliert, halte er das „Regenbogenland“ auch für die dauerhafte Unterbringung von etwa 150

Flüchtlingen geeignet. Dann sei die Kostenfrage eine völlig andere als beim Zukauf weiterer Container. Der Arbeitskreis des „Forums Integration“ habe ein Konzept erarbeitet, das sich in der städtischen Beschlussvorlage überhaupt nicht wiederfinde. Epe: „Ich hätte es besser gefunden, die Verwaltung hätte eine Vorlage mit Argumenten pro und contra ZUE erstellt und uns, der Politik, die Entscheidung überlassen, anstatt so einseitig Partei zu ergreifen.“ Löcker ergänzte, mancher Befürworter einer ZUE habe offensichtlich immer noch nicht begriffen, dass ein Ja zur ZUE der Abschied von der Integration von Flüchtlingen in Olpe bedeute, denn keiner der dort übergangsweise untergebrachten Menschen könne in Olpe bleiben.

Norbert Grobbel, Ortsvorsteher von Griesemert, forderte, dass in jedem Fall zusätzliches Geld bereitgestellt werden müsse, um die jetzt schon dauerhaft in Olpe untergebrachten Flüchtlinge professionell zu betreuen. Der Vorsitzende des Integrationsrats, Cevdet Aydin, zäumte das Pferd von einer ganz anderen Seite auf. Abseits von ZUE und kommunaler Unterbringung gebe es einen dritten Weg. Die Bezirksregierung sei nicht abgeneigt, neue Modelle auszuprobieren. Daher sei durchaus möglich, das „Rebola“ weiterzubetreiben, aber mit dem Ziel, die dort untergebrachten Flüchtlinge in Olpe zu integrieren. „Wir sollten hier nicht innerhalb von zwei Monaten etwas festklopfen, was uns für mindestens fünf Jahre bindet“, so Aydin. „Stimmen Sie im Rat nicht mit Ja, sondern lassen Sie uns an einer zukunftsfähigen Lösung für Olpe suchen.“

Ein vielbeachteter Redebeitrag kam zum Ende von Marie Ting, Regionalmarketing-Managerin der Südwestfalen-Agentur. Sie wies darauf hin, dass über die grundsätzliche Frage des Sinns oder Unsinns einer ZUE hier nicht zu entscheiden sei, denn in NRW gebe es eben ZUE wie auch die kommunale Unterbringung. „Die Frage, die sich hier stellt, ist: Was ist besser für Olpe?“ Für die Flüchtlinge sei das „Regenbogenland“ unzweifelhaft eine gute Unterkunft, „aber für Olpe wäre es gut, wenn Flüchtlinge integriert würden“. Das gebe die Vorlage der Stadt nicht wieder, darin werde zu stark auf das Finanzielle abgehoben.

Moderator Jochen Voß blieb diplomatisch, als er die Reden mit der Bemerkung abschloss „Ich wünsche mir eine zukunftsgerichtete Entscheidung für das gesamte Sozialsystem.“

Das „Forum Integration“ kommt am 9. Juni zur nächsten Sitzung zusammen.